

# Sessionsvorschau auf einen Blick

Frühjahrsession 2019 | 04. – 22. März

Die *plattform* vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes, der Schweizer Kader Organisation SKO, der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) und veb.ch, dem Schweizer Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen, gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 88'000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.

[kfmv.ch/plattform](http://kfmv.ch/plattform)

## Vorschau im Überblick

|            |         | STÄNDERAT  | EMPFEHLUNG          |
|------------|---------|--|---------------------|
| 06.03.2019 | 16.414  | <b>Teilflexibilisierung Arbeitsgesetz und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle</b>            | Zustimmung          |
|            | 16.423  | <b>Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten</b>   | Fristverlängerung   |
| 11.03.2019 | 18.3392 | <b>Höhere Fachschulen. Profil stärken</b>  | Zustimmung          |
|            | 18.3240 | <b>Höhere Fachschulen stärken</b>  |                     |
|            |         | NATIONALRAT  | EMPFEHLUNG          |
| 04.03.2019 | 18.3707 | <b>Integration von spät zugewanderten Jugendlichen</b>                                       | Zustimmung          |
| 06.03.2019 | 16.065  | <b>ELG. Änderung (EL-Reform)</b>   | Bedingte Zustimmung |
|            | 17.022  | <b>IVG. Änderung (Weiterentwicklung IV)</b>  | Zustimmung          |
| 12.03.2019 | 18.050  | <b>Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten</b>                          | Zustimmung          |
| 14.03.2019 | 18.029  | <b>Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)</b>           | Bedingte Zustimmung |
| 21.03.2019 | 18.3407 | <b>Griffige und wirksame Umsetzung der Stellenmeldepflicht</b>                               | Zustimmung          |
|            | 18.3473 | <b>Optimierung der flankierenden Massnahmen: Änderung von Artikel 2 des Entsendegesetzes</b> | Zustimmung          |

Parlamentarische Initiativen 1. Phase: 17.521 Flexible BVG-Renten ermöglichen

Zustimmung

## Ständerat

---

06.03.2019

16.414 Parl. Initiative Ständerat (Graber) - Fristverlängerung

**Teilflexibilisierung Arbeitsgesetz und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle**

16.423 Parl. Initiative Ständerat (Keller-Sutter) - Fristverlängerung

**Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten**

**Fristverlängerung zustimmen**

11.03.2019

18.3392 Motion Nationalrat (WBK-NR)

**Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern**

18.3240 Motion Ständerat (Fetz) – Differenzen

**Höhere Fachschulen stärken**

**Empfehlung zur Annahme**

Im Bereich der höheren Fachschulen wurden mit der Totalrevision der Mindestvorschriften (MiVo-HF) erst im vergangenen Jahr Änderungen vorgenommen. Die *plattform* sieht jedoch insbesondere im *Bezeichnungsschutz* dringenden Handlungsbedarf um dem Wildwuchs von Bezeichnungen Einhalt zu gebieten und Qualitätskriterien aufrecht erhalten zu können.

## Nationalrat

---

04.03.2019

18.3707 Motion Ständerat (WBK-SR)

**Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten**

**Empfehlung zur Annahme**

Die aktuellen Massnahmen für zugewanderte Jugendliche, vor allem bezüglich Spracherwerb, sind klar unzureichend für eine erfolgreiche Integration in die Arbeitswelt. Dies zeigt der aktuelle Bildungsbericht eindrücklich auf: Die Quote der Sek-II-Abschlüsse bei 25-Jährigen mit Migrationshintergrund ist noch weit vom angestrebten von 95%-Ziel entfernt. Die *plattform* unterstützt deshalb die verlangten Bestrebungen, die Zuständigkeiten und die Finanzierung der Integration von spät zugewanderten Jugendlichen zu klären.

6.03.2019

16.065 Geschäft des Bundesrats

**ELG. Änderung. Differenzen**

**Die *plattform* schliesst sich weitgehend dem Vorschlag der Kommission des Nationalrates an, mit Ausnahme vom Umfang der Rückerstattung (Art 16a)**

Immer mehr Pensionierte sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen, da ihre Altersrente nicht mehr zum Leben reicht. Mit den vorgeschlagenen Änderungen des ELG werden die

Lebenshaltungskosten realistisch einkalkuliert und gleichzeitig notwendige Sparmassnahmen bei den Ergänzungsleistungen eingeleitet. Pensionierte dürfen aber nicht für die Versäumnisse in der Reform der Altersvorsorge abgestraft werden. Die SGK- N hält an der Position des Nationalrates bezüglich des Umfangs der Rückerstattungen (Art. 16a) fest. Für den Nationalrat ist die Rückerstattung nur von demjenigen Teil des Nachlasses zu leisten, der den Betrag von 50'000 Franken übersteigt. Für die *plattform* ist die von Ständerat vorgeschlagene Variante zu befürworten und die Rückerstattung ab einem Beitrag von 40'000 Franken zu leisten. Weiterhin hält die SGK-N an ihrem Konzept der Vermögensschwelle mit gesichertem Darlehen fest.

#### 17.022 IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV)

*Die plattform empfiehlt Zustimmung und die Ablehnung der Minderheitsanträge*

Die *plattform* unterstützt den Wechsel zu einem linearen Rentensystem, da damit Schwelleneffekte abgebaut werden. Die Eintrittsschwelle bei 40% Invaliditätsgrad ist jedoch zu hoch angesetzt und widerspricht dem Grundsatz der Stufenlosigkeit. Begrüsst werden alle Massnahmen, welche die Eingliederung der Betroffenen ins Berufsleben unterstützt. Dazu gehört die Ausweitung der bei Erwachsenen bewährten Instrumente der Früherfassung und der sozialberuflichen Integrationsmassnahmen auf Jugendliche. Der Systemwechsel „Lohn statt Taggelder“ bei Jugendlichen ist positiv, denn er schafft einen Anreiz, sich in den Arbeitsprozess zu integrieren. Eintritt ins Erwerbsleben statt Rente ist die richtige Zielsetzung. Die Idee, Arbeitgeber zur Beschäftigung von IV-Betroffenen zu verpflichten (Art 19 ist nicht abwegig, jedoch ist das vorgeschlagene Korsett viel zu starr.

12.03.2019

18.050 Geschäft Bundesrat

#### **Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten**

*Zustimmung. Minderheitsanträge ablehnen*

Für Eltern sind vermehrt Erwerbsanreize zu setzen. Die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung in der Schweiz sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Gerade für gut qualifizierte Eltern, lohnt es sich finanziell oft nicht, nach dem zweiten Kind weiterzuarbeiten.

14.03.2019

#### **18.029 Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)**

*Die plattform unterstützt die Revision mit zwei Ausnahmen (Minderheitsanträge)*

Viele der Änderungen im ATSG sind notwendig und unbestritten. Dabei gibt es Ausnahmen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Kostenpflicht erachtet die *plattform* als nicht angemessen. Verbunden mit der Versicherungspflicht muss die Möglichkeit einer kostenlosen gerichtlichen Überprüfung der jeweiligen Rechte und Pflichten gewährleistet sein. Vorsicht ist auch bei der vorsorglichen Einstellung von Leistungen geboten (52a). Hier besteht die Gefahr, dass daraus schwerwiegende Einkommenseinbussen für Bagatellfälle bzw. Verstösse ohne Vorsatz resultieren. Gerade ältere oder verletzte Menschen könnten stark von einer solchen Massnahme betroffen sein.

21.03.2019

18.3407 Motion Ständerat (Müller)

#### **Griffige und wirksame Umsetzung der Stellenmeldepflicht**

*Vorgaben durch den Bund sind wünschenswert*

Die Kontrollen der Stellenmeldepflicht liegen in der Verantwortung der Kantone. Grundsätze für die Kontrollen liegen aber zurzeit noch keine vor. Es ist auch im Interesse des Bundes, dass die Kontrollen in den Kantonen nach gleichen Massstäben durchgeführt werden; Vorgaben für die Kantone sind deshalb wünschenswert.

18.3473 Motion Ständerat (Abate)

**Optimierung der flankierenden Massnahmen: Änderung von Artikel 2 des Entsendegesetzes**

*Die plattform unterstützt die Motion*

Der Grundsatz, dass kantonale Mindestlohnvorschriften auch für entsandte Arbeitnehmende gelten sollen, ist begrüssenswert. Die aktuelle Formulierung im Artikel 2 des Entsendegesetzes berücksichtigt kantonale Vorschriften nicht. Gerade in Grenzkantonen sind Löhne oft unterdurchschnittlich und die tiefen Löhne der Entsendeten, gerade in Branchen ohne Allgemeinverbindliche GAV, drücken auch die Löhne der ständigen Arbeitsbevölkerung und stellen so ein Armutsrisiko dar. Ob kantonale Mindestlohngesetze auch zeitlich begrenzte Arbeitstätigkeiten einschliessen, ist Sache der Kantone.

Parlamentarische Initiativen 1. Phase

17.521 PaIv **Flexible BVG-Renten ermöglichen (Weibel)**

*Empfehlung zur Annahme = Minderheit*

Die *plattform* unterstützt das Anliegen der PaIv. Die Transferzahlungen zwischen den Generationen sind systemwidrig und müssen schnell beseitigt werden. Wenn auch laufende Renten massvoll entsprechend dem finanziellen Ergebnis der Vorsorgeeinrichtung flexibilisiert werden, werden die Erwerbstätigen entlastet und die Rentenbeziehenden können in guten Zeiten mitprofitieren.

**Weitere Auskünfte:** Dr. Ursula Häfliger, Verantwortliche Politik beim Kaufmännischen Verband Schweiz und Koordination *plattform*  
+41 44 283 45 78, [politik@kfmv.ch](mailto:politik@kfmv.ch)